

**Schlusswort von Botschafter Philippe Etienne anlässlich der
Podiumsdiskussion zum Thema: „Charlie continue – Warum radikalisiert sich
deutsche und französische Jugendliche für den Dschihad?“**

Kiel, den 6. Januar 2017

Sehr geehrter Herr Vizepräsident des Landestags,
Sehr geehrte Frau de la Motte,
Sehr geehrte Frau Mehdorn,
Sehr geehrter Herr Meyer-Heidemann,
Sehr geehrter Herr Vollborn,
Sehr geehrte Podiumsteilnehmerinnen und Teilnehmer,
meine Damen und Herren,

es ist mir eine Ehre, dass ich diese von der Deutsch-Französischen Gesellschaft Schleswig-Holstein organisierte Podiumsdiskussion mitverfolgen durfte. Ich möchte mich bei den Organisatoren sehr herzlich bedanken, vor allem bei der DFG und Frau de la Motte; aber auch dem Landesbeauftragten für politische Bildung, bei der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein und der Familie Mehdorn Stiftung für ihre Unterstützung. Nach den Terrorattacken in Paris hatten Sie bereits zwei Veranstaltungen zu ähnlichen Themen organisiert: „*Liberté-Egalité-Fraternité*“ im Dezember 2015 und „*Charlie vivra*“ im Januar 2016.

Wie Sie wissen, blieb das Engagement der DFG Schleswig-Holstein in diesem Bereich nicht unbemerkt. Im vergangenen Jahr hatte ich die Ehre, ihr den Prix Rovon der Deutsch-Französischen Gesellschaften zu überreichen, um sie für ihren bemerkenswerten Beitrag auszuzeichnen.

Fast zwei Jahre nach dem terroristischen Angriffen gegen die Redaktion von Charlie Hebdo, das koschere Geschäft und die junge Polizistin von Montrouge wurde auch Deutschland am 19. Dezember getroffen. Auch diese Tat war geprägt von blinder Gewalt und erfüllt mit Hass und Verachtung für das menschliche Leben. Wir gedenken zusammen der Opfer. Dieses traurige Ereignis bringt unsere Länder einander näher und unterstreicht ihre Schicksalsgemeinschaft. Wir stehen an der Seite unserer deutschen Freunde, so wie sie an unserer Seite gestanden haben im Januar und November 2015 sowie am 14. Juli 2016.

Auch wenn dies nicht beabsichtigt war, so hat die Aktualität die Legitimität dieser Veranstaltung leider bestätigt. Indem Sie nach den Ursachen terroristischer Gewalt und den Möglichkeiten, sich davor zu schützen, fragen, wenden Sie den Blick auf das Innere unserer beiden Länder und geben dadurch Ihrem deutsch-französischen Engagement eine politische und zivilgesellschaftliche Dimension. Dafür möchte ich mich aufrichtig bei den Rednern des heutigen Abends bedanken. Sie haben die unterschiedlichen Aspekte des Problems sehr gut beleuchtet.

Es ist die Pflicht unserer Länder, in erster Linie unsere gemeinsamen Werte zu verteidigen, das heißt die Demokratie, die Freiheit, die Toleranz, den Respekt, die Gleichstellung von Mann und Frau. Eine weitere unabdingbare Freiheit ist die Meinungs- und die Pressefreiheit: Sie in Frage zu stellen, heißt, die Grundfeste der Demokratie in Frage zu stellen. Diese gelebten, geteilten und weitergegebenen Werte will die terroristische Propaganda von Daesch zerstören. Die Pressefreiheit eröffnet auch die Möglichkeit, durch eine Debatte – und manchmal auch durch einen Polemik – gesellschaftliche Fragen auf *demokratische* Weise zu erörtern und somit unser Zusammenleben und unsere gesellschaftliche Geschlossenheit zu bewahren, die die Terroristen angreifen.

Vor diesem Hintergrund gehört die Deradikalisierung zu den Prioritäten der französischen Regierung, mit drei Zielen: (1) die Verbesserung der Maßnahmen zur Identifizierung und Einschätzung von radikalisierten Personen, (2) eine individuelle Behandlung jeden Einzelfalls und (3) die Reduzierung des Phänomens der Radikalisierung selbst. In der Praxis wurde zum Beispiel im September in Indre-et-Loire eine Beratungsstelle gegen Radikalisierung eröffnet. Weiterhin wurde das interministerielle Komitee zur Vorbeugung von Kriminalität und Radikalisierung gegründet, das sich vor allem mit Rückkehrern aus Syrien und mit ihrer Wiedereingliederung in die Gesellschaft auseinandersetzt. Darüber hinaus hat man eine kostenlose Hotline und eine Website für betroffene Familien eingerichtet.

Neben diesem staatlichen Engagement gibt es auch verschiedene Bürgerinitiativen, die sich dem Thema annehmen. Ich denke an den von Latifa ibn Ziaten gegründeten Verein „für Jugend und Frieden“. Sie ist die Mutter eines muslimischen Opfers von Mohamed Merah, der 2012 in Toulouse mehrere Anschläge verübte und dessen Name sinnbildlich für die Radikalisierung französischer Jugendlicher steht, der sich

die französische Öffentlichkeit spätestens seit diesen Anschlägen bewusst ist. Ich denke auch an den Verein „Syrien ne bouge... agissons“: Dominique Bons, die Mutter eines in Syrien gestorbenen Konvertiten, möchte dadurch ihre schmerzliche Erfahrung teilen und sich mit anderen Familien, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, austauschen. Der Name dieses Vereins basiert auf einem Wortspiel, das soviel bedeutet wie: „Wenn sich in Syrien nichts bewegt, müssen wir handeln.“ Das Thema der Radikalisierung ist auch künstlerisch aufgegriffen worden. Der Film „Der Himmel kann warten“, in dem es um die Radikalisierung und Deradikalisierung zwei junger Frauen geht, wurde kürzlich auf der Französischen Filmwoche in Berlin vorgestellt.

Das Problem der Radikalisierung ist sehr komplex. Die Podiumsdiskussion hat diese Komplexität illustriert. Und deswegen brauchen wir diese verschiedenen Initiativen. Darüber hinaus stellt Radikalisierung eine besondere Herausforderung für die Schule dar, deren Aufgabe es auch ist, beginnende Vorurteilsbildungen und radikale Einstellungen zu bekämpfen. Ein Schwerpunkt der Ausbildung soll sein, die Urteilskraft aller Schüler und Studenten zu entwickeln, ihre Gedanken zu strukturieren sowie sie zu lehren, ihren kritischen Geist zu üben, auch wenn sie die sozialen Netzwerke nutzen. Um blinde Gewalt und Hass zu vereiteln, soll jeder lernen, sich seines oder ihres eigenen Verstands zu bedienen. Dazu gehören auch, wie Frau Demesmay es gesagt hat, Erkenntnisse über die Religionen. Allerdings sollen unsere demokratischen Werte nicht nur gelehrt, sondern auch gelebt und umgesetzt werden: in der Schule selbst, in der Familie, in den Vereinen, in Sportclub. Es ist die Pflicht unserer Gesellschaft, Orte anzubieten, wo man dieses Gefühl der Zugehörigkeit bekommen kann.

Anlässlich des Anschlags auf Charlie Hebdo und auf Initiative der französischen Bildungsministerin Najat Vallaud-Belkacem wurde die „Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung“ herausgegeben und von den 28 Bildungsministern der europäischen Union verabschiedet. Also verfügen wir jetzt über eine gemeinsame Grundlage in Europa. Der Desorientierung von Jugendlichen sollen, sagt diese Erklärung, in der schulischen Gemeinschaft Selbstwertgefühl und das Gefühl der Zugehörigkeit entgegentreten.

Zum Abschluss möchte ich noch auf einen Aspekt eingehen, der sich als wirksames Mittel gegen die Radikalisierung erweisen kann, nämlich die Herausbildung eines europäischen Bürgerbewusstseins auf der Grundlage von sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen. Diese Kompetenzen sind natürlich auch ein Vorteil auf dem Arbeitsmarkt und eröffnen Perspektiven. Daher ist es unerlässlich, die Sprache unseres Partners zu beherrschen. Die Partnersprache zu lernen ist aber für Jugendliche mit Migrationshintergrund womöglich noch wichtiger, denn sie haben vielleicht weniger Verständnis für die deutsch-französische Aussöhnung und das europäische Aufbauwerk. Ich denke hier an die Programme des DFJW, z.B. den Austausch zwischen Clichy-sous-Bois und Berlin-Neukölln, von dem Frau Dr. Eva Sabine Kuntz uns erzählt hat.

Vielen Dank, dass Sie dieses wichtige Treffen organisiert haben. Es war für mich eine sehr berührende Gelegenheit. Ich werde mich immer daran erinnern, wie wir wenige Wochen nach meinem Antritt in Berlin so eine großartige Solidarität nicht nur in Berlin sondern im ganzen Deutschland erhalten haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.